

Abonnementspreis viertel. 4 1/2 Rthl., incl. Frachtkosten 5 Rthl., durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Inserate 5 Gsch. Zeitungs 20 Pf. Höhere Gebühren laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Rubricationshieb die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postnachschuß.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannigasse 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Dienstag 10—12 Uhr.  
Mittwoch 4—6 Uhr.  
Für die Rückgabe eingereicherter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.  
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Städten für Auf. Annahme:  
Otto Riemann, Unterstadtstr. 22.  
Louis Köhler, Katharinenstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

№ 191.

Donnerstag den 10. Juli 1879.

73. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

In Folge des in den nächsten Tagen beginnenden Umbaus der Schleuse der Großen Windmühlstraße wird diese Straße vorübergehend länger Zeit für den Fahrverkehr gesperrt werden. Wir bringen dies bereits jetzt zur öffentlichen Kenntniß, damit die Anwohner der genannten Straße rechtzeitig für die etwa nöthig werdende Räumung von Gräben, Anfuhr von Feuerungsmaterialien u. dergleichen in Erfahrung bringen können. Die Anwohner der benachbarten Straßen werden ersucht, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, um den Verkehr während der Sperrzeit nicht zu sehr zu behindern. Die Sperrzeit beginnt am 12. d. M. die erforderliche Genehmigung zur Einführung der Privatbeschlüsse sowie der Fallrohrbeschlüsse nachzufordern.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi, Bannemann.

## Bekanntmachung.

Das 90. Stück des diesjährigen Reichs-Gezetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 30. d. Mts. auf dem Rathhaussaal öffentlich auszuliegen.  
Dasselbe enthält:  
Nr. 1309. Bekanntmachung, betreffend die vorläufige Einführung von Eingangszöllen auf Material- und Specerei- auch Conditorwaaren und andere Consumtibilien, sowie auf Petroleum. Vom 5. Juli 1879.  
Leipzig, den 8. Juli 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. C188.

## Submission.

Verschiedene bauliche Vertheilungen, Anlegung einer Thonrohrschleuse, Anbringung einer Windmühlstraße u. dergleichen, sollen im Wege der Submission vergeben werden. Offerten, versehen mit der Aufschrift „Submission auf Baulichkeiten“, sind bis zum 12. Juli a. c. Vormittags 10 Uhr am abzugeben, sowie Contractbedingungen und Kostenanschläge vorher einzusehen und zu unterzeichnen.  
Leipzig, am 7. Juli 1879.  
Königliches Garnison-Bauamt.

## Die Fabel von der Zwangslage.

Die nationalliberale Partei scheint als der Ständebuch für alle Compromisse angesehen zu werden, gleichviel, ob dieselben durch sie oder gegen sie zu Stande kommen. Was hat sie sich nicht Alles sagen lassen müssen für ihr Verbleiben am das Militärgesetz-Compromiß von 1874, am das Justizgesetz-Compromiß von 1876! Und auch heute ist man sofort bei der Hand, ihr das ganze Dium des Zoll-, Finanz- und Föderativ-Compromißes von 1879 zuzuschreiben. Nur standen die Tactler in den früheren Fällen auf Seiten der Gegner der Compromisse, während sie heute gerade unter Denjenigen sich finden, welche das Compromiß am Eifrigsten befürworten. Die Conservativen, die „freien“ sowohl wie die „deutschen“, haben die von den Nationalliberalen für sie geschaffene „Zwangslage“ erfinden, und jene „Liberalen“, welche nicht laut genug über die „triviale Reactionskriecherei“ lamentiren können, dehnen diese Zwangslage auch auf den Reichskanzler aus. Seitdem der Antrag Frankenstein über Nacht aus einem kaum ernst behandelten Scherz fast zu einem festen Bestandteil der Reichsverfassung geworden, wird launisch landad die Wör verbreitet, daß Kanzler und Conservativ nur deshalb, weil sie sich in der Frage der „Finanz- und Wirtschaftsreform“ von einem großen Theile der Liberalen verlassen haben, mit dem Centrum, wenn auch „mit schwerem Herzen“, zu verhandeln begannen. Hat sich also wirklich Etwas geändert in dem Charakter der Reichspolitik, so ist es, wie uns gewisse „liberale“ Stimmen aus Süddeutschland befehren, einzig und allein die Schuld des „oppositionell-linken Flügels“ der Nationalliberalen.

Man darf es sich nicht verdröhnen lassen, dieser tendenziösen Mythbildung immer aus Neue entgegenzutreten. War überhaupt eine Zwangslage vorhanden, so war sie geschaffen einzig und allein durch die Tactik der Regierung, und zwar in erster Linie durch die untrennbare Verbindung von Finanz- und Wirtschaftsreform in einem Gesetze. Das ist kein Tadel hinterher. Wir haben, und mit uns der größte Theil der nationalliberalen Presse, sofort nach dem Bekanntwerden des Kanzlerbriefes vom 15. December v. J. auf die großen Bedenken einer inneren Verthaltung von „Finanzreform“ und „Wirtschaftsreform“ aufmerksam gemacht, wir haben noch am Beginn der gegenwärtigen Session die Regierung aufs Eindringlichste ersucht, die beiden Angelegenheiten von einander zu trennen. Und wahrlich, wenn immer die Regierung sich von der Verschiedenartigkeit derselben nicht zu überzeugen vermochte, so hätte wenigstens der zwar äußerliche, aber darum nicht minder wichtige Umstand, daß für die Steuerreform seit Jahren ein klares Programm vorlag, während von der radicalen Wandlung der wirtschaftlichen Anschauungen des Reichskanzlers die Welt erst aus dem Schreiben vom 15. December Kunde erhielt, die getrennte Behandlung rathsam erscheinen lassen sollen. Alle Vorstellungen indes waren vergebens, schon vorherzusehen war, daß ein großer Theil der Nationalliberalen für einen Tarif mit Getreidezöllen niemals zu stimmen im Stande sein würde.

Für wen ist dadurch eine Zwangslage geschaffen, für Diejenigen, welche diese Eventualität, wie eben gezeigt, sehr wohl vorherzusehen konnten, oder für Diejenigen, welche heute schon deshalb gegen die Finanzreform stimmen müßten, weil sie dabei Dinge in den Kauf zu nehmen gezwungen wären, welche zu acceptiren ihnen ihr Gewissen verbietet? Aber gesetzt auch, die ganze nationalliberale Fraction wäre zur schließlichen Annahme des

Tarifs bereit gewesen, würde die Lage für das praktische Ergebnis dadurch eine andere geworden sein? Die nationalliberale Partei hat zu jeder Zeit erklärt, daß sie die Bewilligung neuer Steuern an gewisse constitutionelle Bedingungen knüpfen müsse. Des Minimum dieser Bedingungen hat in dem bekannten Antrage von Bennigsen seinen Ausdruck gefunden. Die Conservativen aber haben diesen Antrag rundweg für unannehmbar erklärt. Der wahre Sachverhalt ist also dieser: Kanzler und Conservativ mußten den Nationalliberalen zu, die von denselben immerdar für unerlässlich erklärten Forderungen auszugeben, und da diese Forderungen selbstverständlich zurückgewiesen sind, beklagen sie sich über die oppositionell-linken Nationalliberalen, welche sie in die Zwangslage versetzen, mit dem Centrum zu gehen. Man sieht, es ist eine gradezu unbegreifliche Anklage, die auf solche Weise erhoben wird.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 9. Juli.

Die neuen Minister sollen allem Anschein nach erst in Activität treten, nachdem der Reichstag sein Ja und Amen gesagt hat und sie vor indiscreten Fragen, wie jene des Abg. Richter (Hagen), ob denn jetzt 2 x 2 = 5 sei, sicher sind. Herr Ritter, als Finanzminister, wird demnach dieses Reichens Zempel zu lösen haben, wenn die 130 Millionen Mark neuer Steuern, welche der Reichstag in dieser Session bewilligen wird, auch nur den Schatten einer Erleichterung der Steuerzahler hinter sich herwerfen sollen. Was sodann die Wiederbesetzung der Ministerien des Cultus und der Landwirtschaft betrifft, so sollen die Verhandlungen mit den uns Auge gefassten Persönlichkeiten noch nicht in allen Einzelheiten zum Abschluß gekommen sein. Jedenfalls wird die formelle Vertändigung der Ernennung der Herren v. Pattamer und Vacius nicht vor dem Schluß der Reichstagssession erfolgen. Durch die Neugestaltung der Dinge erscheint vor Allem das Unterrichts- und Cultusministerium, welche Patheinstellen bei dem Gesetz vertreten, demnach ebenso wie Unterrichtssecretar Sydow zurücktreten werden. Ihr Verbleiben ist jetzt gegenstandslos geworden. Welche Selbständigungen die orthodoxen Parteien in Folge der Besetzung des Ministerstuhles durch Herrn von Pattamer hegen, beweist übrigens die Nachricht, daß sie auf der bevorstehenden Generalsynode der Kirche das Mitspracherecht in Betreff der theologischen Lehrpläne zu erringen bestrebt sein werden. Es wird sich allodann zeigen, ob Herr von Pattamer nach dieser Seite hin sich die Hände binden lassen und es zugeben wird, daß der Lehrtreue der Todeshaß verleiht werde.

Der Reichstag begann seine Dienstags-Sitzung mit einem lang- und langweiligen Begrüßung der Nachsteuer vom Tabak. Nur der Referent Abg. Dahl sprach einige Worte über die Leidenheitsgeschichte und das Ende des Projectes in der Tabaksteuer-Commission. Damit ist dieser Gesetzentwurf, der einige Wochen hindurch eine so große Aufregung verursachte, endgültig beseitigt. Das Haus legte dann die Beratung des Tarifgesetzes bei § 4 fort, welcher die Voraussetzungen bezeichnet, unter denen gewisse Gegenstände vom Eingangszoll frei bleiben. Die Commission hat in Nr. 1 dieses Paragraphen hinzugesetzt: Erzeugnisse der Landwirtschaft von denjenigen außerhalb der Zollgrenze gelegenen

Grundstücken, welche von innerhalb der Zollgrenze befindlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden aus bewirtschaftet werden. Der Abg. Graf Ido Stolberg beantragte, aus Lebhaftigkeit unterstützt von der Regierung, die Ausschließung der Erzeugnisse der Landwirtschaft von dieser Vergünstigung, nicht aber selbst beim Centrum auf sehr bedenklichen Widerspruch. Der Antrag wurde in der That mit großer Mehrheit abgelehnt. Ferner hat die Commission diesem Paragraphen eine neue Nr. 10 eingefügt, durch welche Schiffbaumaterialien vom Eingangszoll befreit werden. Graf Stolberg beantragte auch hier eine Einschränkung, während die Regierung die vollständige Streichung der Nummer verlangte. Das Haus trat indeß dem Commissionsvorschlage bei. Eine längere Debatte veranlaßte der als Kampfsollparagraph vielberufene § 5. Bekanntlich hat die Commission die von der Regierung verlangte Befugniß, Waaren, die aus Staaten kommen, welche deutsche Erzeugnisse mit einem erheblich höheren Einfuhrzoll beladen, als solcher von ausländischen Erzeugnissen bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet erhoben wird, mit einem Zuschlag bis zum Doppelten der tarifmäßigen Eingangszoll zu belegen, ganz gestrichen und nur die Befugniß eines solchen Zuschlags bis zu 50 Procent für Waaren solcher Länder beibehalten, welche deutsche Schiffe oder deutsche Waaren ungenügender behandeln als diejenigen anderer Staaten. Hier wollte Graf Stolberg die Regierungsvorlage insofern wieder herbeigeführt werden, als der Zuschlag auch eintreten können sollte, falls deutsche Erzeugnisse, abgesehen von Verzehrandgegenständen, mit einem Einfuhrzoll von mehr als 40 Procent des Wertes belastet würden. Abg. Bamberg sprach gegen die Tendenz des § 5 überhaupt, Abg. Delbrück besonders gegen den Antrag Stolberg, welcher schließlich mit 163 gegen 145 Stimmen abgelehnt wurde, während die Majorität der § 5 der Commission annahm. In § 6, der von der für die Durchfuhr von Getreide, Mühlenfabrikaten und Holz zu gewährenden Vergünstigung handelt, lagen verschiedene Änderungsanträge des Abg. v. Barnbiller vor, von denen namentlich der zu Nr. 1 (Getreide) die Wirkung des Paragraphen, indem er die Bewilligung von Transitlagern für gewisse Arten von Getreide in das facultative Ermessen der Behörden stellte, mehr oder weniger illusorisch machte. Nach langer Debatte, in welche auch der Reichskanzler eingriff, wurde der Antrag Barnbiller in namentlicher Abstimmung mit 167 gegen 154 Stimmen angenommen. Die Debatte über § 7 (constitutionelle Garantien) wurde auf Mittwoch vertagt.

Daß der bayerische Landtag auf den 16. Juli wieder einberufen ist, hat bereits ein Münchener Telegramm gemeldet. Seit dem 3. März d. J. war eine Vertagung bis auf Weiteres eingetreten, d. h. für so lange, als die Reichstagssession dauern würde. An die bayerischen Abgeordneten, welche gleichzeitig Reichstagsmitglieder sind, tritt auf diese Weise die harte Aufgabe heran, den ganzen Sommer hindurch ohne Erholungsruhe parlamentarisch thätig zu sein, ähnlich wie ihre preussischen Collegen im Winter vom Dönhofplatz unmittelbar in den Reichstag einzutreten haben.

In Oesterreich geht die große Wahlaction im Laufe dieser Woche zu Ende; die Verfassungspartei, welche mit fliegenden Fahnen in den Wahlkampf gezogen ist, kehrt niedergebunden und verstimmt zurück — sie hat manche Lade in den Reihen der Jüngern zu verzeichnen. Von vielen Seiten tauchen übrigens bereits Klagen über bei den Wahlen vorgekommene Unregelmäßigkeiten auf. So soll u. A. der aus der Zeit des Gründungsschwinds wenig rühmlich bekannte Ritter Ofenheim von Post-Euzin sein Mandat der offenbarsten Bestechung verdanken. Er soll den drei Städten seines Wahlbezirks je 50,000 Gulden zur Gründung von Sparcassen überwiesen haben, für welches angebliche „Darlehen“ er so lange keine Zinsen bezieht, als er Vertreter des Bezirks bleibt; sobald er aber aufhört, in dieser Eigenschaft zu fungiren, fällt ihm ein Drittel des Reingewinns zu. Außerdem soll Herr von Ofenheim für den Fall, daß er gewählt werde, die thünlichste Förderung und Unterstützung der Interessen des Handels- und Gewerbestandes seines Wahlbezirks aus eigenen Mitteln in Aussicht gestellt haben. Auch aus Wien laufen mancherlei Klagen über Wahlbeeinflussungen ein.

An der innigen Allianz zwischen dem Grafen Taaffe und der historischen Adelpartei, meint die „N. Fr.“, zweifelt Niemand mehr. Schon werde Graf Johann Harrach als zukünftiger Minister für Böhmen bezeichnet und sein Portefeuille wäre der Lohn für Eintritt der Feudalen in den Reichsrath. Jedensfalls steht eine Klärung der Lage schon in den nächsten Tagen bevor; nachdem der Kaiser am 5. nach Wien zurück-

gekehrt, dürften die nächsten Tage wichtige Minister-Beratungen bringen.

Die Debatte über das fernische Unterrichts-gesetz in der französischen Deputirten-Kammer dauert nun schon über eine Woche, ist aber erst bis zu dem vielbesprochenen Artikel 7 geblieben. Die Ursache dieser Verzögerung liegt in der Tactik der Rechten, welche es darauf abgesehen hat, durch Einbringung zahlreicher Amendements und durch lange Reden das Schicksal des Gesetzes hinauszuschleppen, um zu verhindern, daß das Gesetz noch in dieser Session von dem Senate durchberathen werde. Großen Eindruck hat die am Sonnabend gehaltene Rede des Abg. Paul Bert gegen die Jesuiten hervorgebracht. Während die republikanischen Organe diese allerdings meisterhafte Rede bis in den Himmel erheben, stimmen die liberalen Blätter ein wahres Wuthgeheul an. Bert hat an der Hand der Geschichte der Jesuiten und mit Jubiläumswort ihrer Lehrbücher eine vernichtende Kritik der Bestrebungen dieses Ordens geliefert.

Schon lange hatte man von den Dinern und Abend-Empfängen gesprochen, welche Herr Gambetta als Präsident der Deputirtenkammer in dem ihm als Amtswohnung angewiesenen Palais Bourbon veranstalten soll. Die erste dieser Abendgesellschaften ist nunmehr auf den 14. Juli, den Jahrestag der Ermordung der Kaiserin, angesetzt. Den Gästen wird ein glänzendes Concert unter Mitwirkung der Sänger Faure und Talazac, der Sängerin Wilbaut-Bauchet und der Hörlinge des Conservatoriums, ferner ein Tanz-Divertissement im Charakter der Revolutionszeit (1790) mit Musik von Méhul und Goffec und unter Mitwirkung der ersten Tänzerinnen der Großen Oper versprochen.

Die Kirche des Prinzen Louis Napoleon wird in Spithead von dem Prinzen Joachim Murat, dem Grafen Luxemburg und dem Grafen Aguado erwartet und von dort aus von ihnen nach der Admiralitäts-Yacht „Echantillon“ nach Woolwich begleitet werden. Hier schließen sich ihnen der Bischof von Southwark, Dr. Danell und der Pfarrer von Chislehurst, Hr. G. G. G. an. Der Sarg wird, in die englische und französische Flagge gehüllt, auf einer Kasse nach Camden Place (der Wohnung der Kaiserin) gebracht, einige Stunden dort gelassen und dann von Officieren nach der Kirche von Chislehurst getragen. Dort liest der Bischof eine stille Messe, nimmt die Absolutionen vor und darauf wird der Sarg neben dem Grabe des Kaisers niedergelegt, wo er verbleibt, bis der Granitfarg, den die Königin bestellt, fertig ist. Die gedachte Leichenfeier findet am Sonnabend statt. — Die Anklage gegen Lieutenant Carey lautet darauf, daß er am 1. Juni, als er den Befehl über eine Begleitungsmannschaft des zum Recognosciren im Zululande aufbrochenden kaiserlichen Prinzen führte, vor dem Feinde sich schlecht betragen dadurch, daß er, als der Prinz und die Escorte angegriffen wurde, davon galoppirte, ohne einen Versuch zum Sammeln der Escorte zu machen oder in anderer Weise den Prinzen zu verteidigen.

Die spanische Deputirtenkammer hat in den letzten Tagen einen Adressentwurf, der als Antwort auf die Thronrede des Königs dienen soll, in Beratung gezogen. Es ist dabei zu sehr festigen Szenen gekommen. So hat am Sonnabend der Präsident die Sitzung auf 20 Minuten vertagen müssen, weil der Abgeordnete Carbajal, ein früherer Minister der Republik, der in leidenschaftlicher Weise das conservativ-ministerium und die Monarchie angriff, sich an keinen Ordnungsruf und dergleichen disciplinäre Maßregeln lehnte. Der Ausgang der Debatte wird aller Wahrscheinlichkeit nach für die Existenz des Ministeriums Martinez Campos entscheidend sein.

Wie voranzusehen war, hat die russische Regierung mit dem Vatican ein seinem Inhalt nach allerdings noch unbekanntes Compromiß abgeschlossen und die Veröffentlichung der letzten päpstlichen Encyclica im Königreich Polen gestattet. Von der russischen Presse wurde dieses Ereigniß mit offener Freude begrüßt, und der „Golos“, welcher vor Kurzem noch alle Slaven unter dem Schirm der orthodoxen Kirche vereinigt wissen wollte, plädiert jetzt für religiöse Toleranz, von der er früher nie zu sprechen gewohnt war. Im Allgemeinen wendet sich die öffentliche Meinung in Rußland immer mehr den Angelegenheiten der Polen zu, und wenn auch die gegenseitige gereizte Stimmung noch nicht geschwunden ist, so tritt man sich doch mit mehr Offenheit und weniger Voreingenommenheit gegenüber.

Griechenland befindet sich heute in einer vorthellhafteren Lage als vor anderthalb Jahren. Mit etwas mehr Consequenz hätte selbst damals jene ganz unorganisirte Erhebung in den Nachbarprovinzen eine Bedeutung erlangen können. Das